

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 88 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64



## Inhalt

Ludwig Stiegler MdB  
zur Notwendigkeit, die  
Probleme des Nahen  
Ostens nach dem Bei-  
spiel KSZE anzugehen:  
Verantwortung für den  
Frieden am Golf.

Seite 1

Christa Randzio-Plath  
MdEP zur bevorstehen-  
den Handelsmini-  
sterkonferenz in Brüs-  
sel: Gastgeber EG muß  
GATT-Runde retten.

Seite 2

Lothar Fischer MdB zu  
den Antworten der  
Bundesregierung auf  
eine Kleine Anfrage der  
SPD zur Weltraumpol-  
itik und den derzeitigen  
Weltraumprogrammen  
der Bundesregierung:  
Weltraum - Faszination  
ersetzt kein Konzept.

Seite 3

Franz Müntefering MdB  
zur Entwicklung der  
Fertigungszahlen  
im Wohnungsbau:  
Bauziel der Bundesre-  
gierung wird nicht er-  
reicht.

Seite 5

### Dokumentation

Ehemalige Geiseln ha-  
ben eine CDU-Wahl-  
kampagne verurteilt.

Seite 6

45. Jahrgang / 229

30. November 1990

### Verantwortung für den Frieden am Golf

Zur Notwendigkeit, die Probleme des Nahen Ostens nach dem  
Beispiel der KSZE anzugehen

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der SPD-Landesgruppe in Bonn

Stellvertretender Landesvorsitzender der Bayern SPD

Von der weltpolitischen Verantwortung der Deutschen war in den letzten Tagen viel zu hören. Manche meinen, zu dieser Verantwortung gehöre auch die Entsendung von Einheiten der Bundeswehr an den Golf. Wir meinen, die deutsche Verantwortung 1990 muß anders aussehen. Verantwortung am Golf heißt Verantwortung für eine friedliche Lösung des Konflikts. Verantwortung am Golf heißt, Leben retten: das Leben der Geiseln genauso wie das Leben der zum Einsatz ihres Lebens verpflichteten Soldaten. Verantwortung am Golf heißt, verhandeln und ein Instrument für eine Friedensordnung im Nahen Osten zu entwickeln, die die Spannungen dauerhaft überwindet, Dialogstrukturen schafft und Interessenausgleich ermöglicht.

Die KSZE hat sich in 15 Jahren zu einem solchen Instrument für Europa entwickelt. Als Willy Brandt die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als außenpolitische Konzeption in den siebziger Jahren entwickelte, waren die Amerikaner zutiefst mißtrauisch, war die CSU leidenschaftlich dagegen. Erst jetzt haben sie ihren späten Frieden mit der KSZE geschlossen und sich zur gemeinsamen europäischen Friedensordnung entschlossen.

Am Golf kann und darf es nicht anders sein. Die Amerikaner und die Konservativen müssen für eine friedliche Lösung gewonnen werden. Die Aufrechterhaltung der mittelalterlichen Feudalordnungen rechtfertigt keinen Tropfen Blut. Die Aufrechterhaltung der Översorgung des Westens muß mit friedlichen Mitteln angesteuert und erreicht werden.

Der Einsatz der Bundeswehr am Golf ist jedenfalls vom Grundgesetz nicht gedeckt. Die Bundesregierung darf sich nicht durch die amerikanischen Schälmeiertöne über "partners in leadership" zum Mitmachen als Kriegsführungspartei verleiten lassen. Gerade das Grundgesetz gibt der Bundesregierung gute Argumente, sich ausschließlich auf die friedliche Konfliktlösung zu konzentrieren.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemalpaftm-Elmgelmt  
mit wertvollen Recycling-Papier  
Recycling-Papier



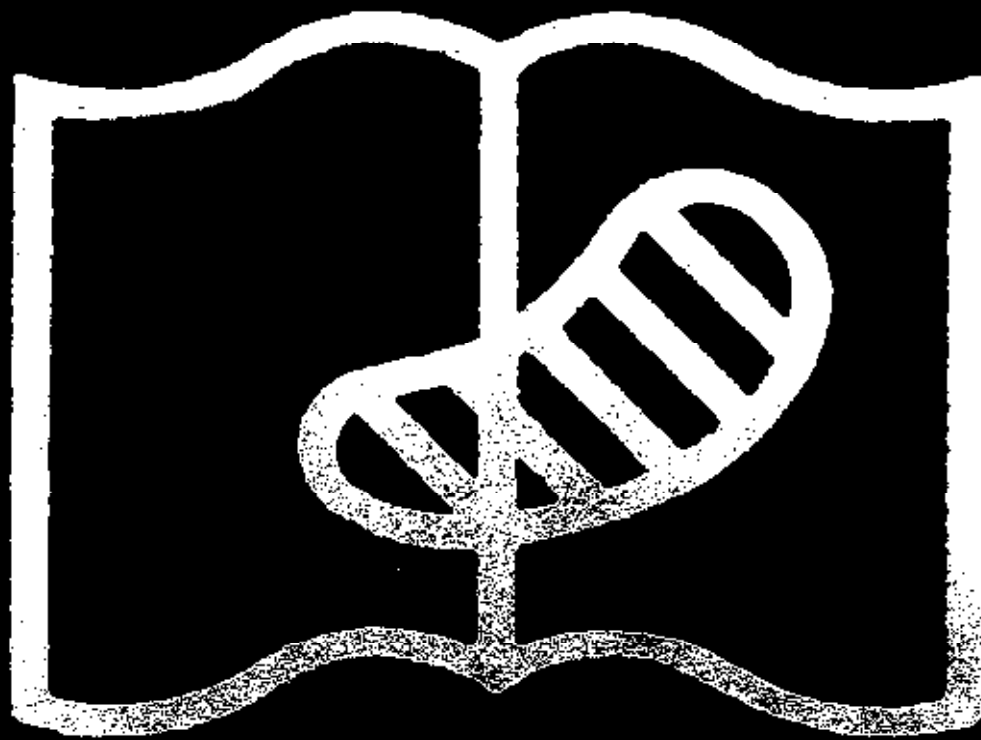
Wichtige Eckpunkte eines solchen Vorgehens in den kommenden Monaten bestehen

- in der Zurverfügungstellung aller relevanten Entscheidungsgrundlagen an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung,
- in der Vorlage eines umfassenden Berichts des BMFT zum Stand der Weltraumprojekte mit
  - seriösen Kosten-Nutzen-Analysen,
  - belastbaren Aussagen über die voraussichtlichen Gesamtkosten für die einzelnen Projekte und den Gesamtbereich der Weltraumfahrt unter Einbeziehung der Life-Cycle-Costs,
  - der Darlegung eines klaren Nutzungskonzeptes für die bemannte Raumfahrt,
  - einer wissenschaftlichen Kriterien genügenden technologischen und wirtschaftlichen Begründung der einzelnen Projekte und der Darlegung, welche Alternativen sich jeweils anbieten,
  - einer sorgfältigen Darstellung der Umwelt- und Gesundheitsbelastungen, der Sicherheitsprobleme und der technischen Entwicklungsprobleme, die mit den einzelnen Raumfahrtprojekten verbunden sind,
  - der Darlegung, wie die Bundesregierung, eine größere Beteiligung der Industrie an den Kosten sicherstellen und wie sie eine bessere Beteiligung des Mittelstandes an den Programmen gewährleisten will,
- in der Durchführung umfassender öffentlicher Anhörungen über Perspektiven und Alternativen der bzw. zur Raumfahrt,
- in der Demokratisierung und Öffnung der entsprechenden Beratungsgremien des BMFT auch für ausgewiesene KritikerInnen der Weltraumfahrt.

(-/29. November 1990/rs/tr)

\*\*\*\*\*

# Sozialdemokratischer



ember 1990

ch dem

in den letz-  
 twortung ge-  
 an den Golf.  
 s aussehen.  
 iche Lösung  
 : das Leben  
 Lebens ver-  
 dein und ein  
 zu entwickeln,  
 uren schafft

ment für Eu-  
 heit und Zu-  
 n den siebzi-  
 trauisch, war  
 hren späten  
 samen euro-

ner und die  
 en werden.  
 gen rechtfer-  
 sorgung des  
 ht werden.

Grundgesetz  
 die amerika-  
 Mitmachen  
 Grundgesetz  
 Blich auf die

Verlag, Redaktion und Druck:  
 Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
 Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
 5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
 Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
 mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fernwörter-Umgebung  
 mit verträglichem Rohstoff  
 Recycling-Papier



Wichtige Eckpunkte eines solchen Vorgehens in den kommenden Monaten bestehen

- in der Zurverfügungstellung aller relevanten Entscheidungsgrundlagen an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung,
- in der Vorlage eines umfassenden Berichts des BMFT zum Stand der Weltraumprojekte mit
  - seriösen Kosten-Nutzen-Analysen,
  - belastbaren Aussagen über die voraussichtlichen Gesamtkosten für die einzelnen Projekte und den Gesamtbereich der Weltraumfahrt unter Einbeziehung der Life-Cycle-Costs,
  - der Darlegung eines klaren Nutzungskonzeptes für die bemannte Raumfahrt,
  - einer wissenschaftlichen Kriterien genügenden technologischen und wirtschaftlichen Begründung der einzelnen Projekte und der Darlegung, welche Alternativen sich jeweils anbieten,
  - einer sorgfältigen Darstellung der Umwelt- und Gesundheitsbelastungen, der Sicherheitsprobleme und der technischen Entwicklungsprobleme, die mit den einzelnen Raumfahrtprojekten verbunden sind,
  - der Darlegung, wie die Bundesregierung, eine größere Beteiligung der Industrie an den Kosten sicherstellen und wie sie eine bessere Beteiligung des Mittelstandes an den Programmen gewährleisten will,
- in der Durchführung umfassender öffentlicher Anhörungen über Perspektiven und Alternativen der bzw. zur Raumfahrt,
- in der Demokratisierung und Öffnung der entsprechenden Beratungsgremien des BMFT auch für ausgewiesene KritikerInnen der Weltraumfahrt.

(-/29. November 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 646 ppbn d  
Telefax: 21 08 84



## Inhalt

Ludwig Stiegler MdB zur Notwendigkeit, die Probleme des Nahen Ostens nach dem Beispiel KSZE anzugehen; Verantwortung für den Frieden am Golf.

Seite 1

Christa Randzio-Plath MdEP zur bevorstehenden Handelsministerkonferenz in Brüssel: Gastgeber EG muß GATT-Runde retten.

Seite 2

Lothar Fischer MdB zu den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD zur Weltraumpolitik und den derzeitigen Weltraumprogrammen der Bundesregierung: Weltraum - Faszination ersetzt kein Konzept.

Seite 3

Franz Müntefering MdB zur Entwicklung der Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau: Bauziel der Bundesregierung wird nicht erreicht.

Seite 5

**Dokumentation**  
Ehemalige Geiseln haben eine CDU-Wahlkampagne verurteilt.

Seite 6

45. Jahrgang / 229

30. November 1990

### Verantwortung für den Frieden am Golf

Zur Notwendigkeit, die Probleme des Nahen Ostens nach dem Beispiel der KSZE anzugehen

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der SPD-Landesgruppe in Bonn

Stellvertretender Landesvorsitzender der Bayern SPD

Von der weitpolitischen Verantwortung der Deutschen war in den letzten Tagen viel zu hören. Manche meinen, zu dieser Verantwortung gehöre auch die Entsendung von Einheiten der Bundeswehr an den Golf. Wir meinen, die deutsche Verantwortung 1990 muß anders aussehen. Verantwortung am Golf heißt Verantwortung für eine friedliche Lösung des Konflikts. Verantwortung am Golf heißt, Leben retten: das Leben der Geiseln genauso wie das Leben der zum Einsatz ihres Lebens verpflichteten Soldaten. Verantwortung am Golf heißt, verhandeln und ein Instrument für eine Friedensordnung im Nahen Osten zu entwickeln, die die Spannungen dauerhaft überwindet, Dialogstrukturen schafft und Interessenausgleich ermöglicht.

Die KSZE hat sich in 15 Jahren zu einem solchen Instrument für Europa entwickelt. Als Willy Brandt die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als außenpolitische Konzeption in den siebziger Jahren entwickelte, waren die Amerikaner zutiefst mißtrauisch, war die CSU leidenschaftlich dagegen. Erst jetzt haben sie ihren späten Frieden mit der KSZE geschlossen und sich zur gemeinsamen europäischen Friedensordnung entschlossen.

Am Golf kann und darf es nicht anders sein. Die Amerikaner und die Konservativen müssen für eine friedliche Lösung gewonnen werden. Die Aufrechterhaltung der mittelalterlichen Feudalordnungen rechtfertigt keinen Tropfen Blut. Die Aufrechterhaltung der Ölversorgung des Westens muß mit friedlichen Mitteln angestrebt und erreicht werden.

Der Einsatz der Bundeswehr am Golf ist jedenfalls vom Grundgesetz nicht gedeckt. Die Bundesregierung darf sich nicht durch die amerikanischen Schallmeiertöne über "partners in leadership" zum Mitmachen als Kriegsführungspartei verleiten lassen. Gerade das Grundgesetz gibt der Bundesregierung gute Argumente, sich ausschließlich auf die friedliche Konfliktlösung zu konzentrieren.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Güterart  
nur verarbeitete Rohstoffe  
Recycling-Papier



Besonnenheit ist aber auch auf der Seite derer gefordert, die von dem konservativen Gerade über weltpolitische, sprich: militärische Verantwortung zunehmend irritiert werden. Hysterische Ausfälle und Aufrufe beispielsweise der Grünen zur Desertation sind unangebracht und durch nichts zu rechtfertigen. Die Bundesrepublik ist als Rechtsstaat verfaßt, die Bundeswehr der dem Rechtsstaat verpflichteten Regierung unterstellt. Ein unter Verstoß gegen das Grundgesetz etwa befohlener Einsatz am Golf würde spätestens durch eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts gestoppt.

Aufrufe zur Fahnenflucht sind deshalb ebenso widersinnig wie widerrechtlich. Es ist ungerecht, unfair und beleidigend, den Eindruck zu erwecken, als müsse man quasi unter Inanspruchnahme des allgemeinen Widerstandsrechts von der Fahne gehen. Wer so redet, mißbraucht das Golf-Thema für ganz andere Zwecke.

Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß Bundesregierung oder Bundeswehr sich außerhalb des von der Verfassung gezogenen Rahmens bewegen wollen. Es gibt eine verfassungspolitische Diskussion, in der wir Sozialdemokraten deutlich machen und deutlich sagen, daß mit uns eine Kanonenboot-Diplomatie oder ein Welthilfspolizisten-Einsatz nicht zu machen ist. Wer etwas anderes will, wird sich ein anderes Land suchen müssen.

Es gibt aber Anlaß zu Freude und Dankbarkeit darüber, daß die westlich sozialdemokratisch geprägte Konzeption einer europäischen Friedensordnung verwirklicht werden kann. Nicht nur in Europa, auch im Nahen und Mittleren Osten gibt es Wichtigeres zu tun als einen Zerstörungskrieg zu führen.

(-/30.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Gastgeber EG muß GATT-Runde retten**  
**Zur bevorstehenden Handelsministerkonferenz in Brüssel**

**Von Christa Randzio-Plath MdEP**  
**Handelspolitische Sprecherin der Sozialistischen Fraktion**

Bei der Handelsministerkonferenz in der kommenden Woche in Brüssel müssen konkrete Entscheidungen in allen Bereichen fallen. Weder der Weltagrarhandel noch der Dienstleistungshandel vertragen Regelungs-Aufschub. Die EG in ihrer Gastgeberrolle in Brüssel ist in besonderem Maße gefordert, das Scheitern der Uruguay-Runde oder unzureichende Fortschritte sind in der heutigen weltpolitischen Situation unverantwortlicher Leichtsinns. Alle Verhandlungspartner müssen deshalb Kompromisse eingehen.

So wie die Entwicklungsländer die Interessen der Industrieländer am Dienstleistungshandel und Schutz des geistigen Eigentums berücksichtigen, so muß die EG die Interessen der Entwicklungsländer besonders beachten. Für sie ist ein Erfolg der Uruguay-Runde mindestens genauso wichtig wie für die reiche EG. Die Verantwortung für den freien und fairen Welthandel liegt aber insbesondere bei der EG, die der größte Handelspartner der Welt ist (EG: 20 Prozent des Welthandels 1988, USA: 15 Prozent, Japan: 12 Prozent).

Bei den handelsbezogenen Investitionsmaßnahmen müssen die westlichen Industrieländer den Entwicklungsländer ausdrücklich die Möglichkeit einräumen, eine eigene selbständige Investitionspolitik zu verfolgen.

Anti-Dumping ist und bleibt ein wichtiges Mittel für den fairen Welthandel. Dumping muß verhindert werden. Das muß auch Japan endlich einsehen. Schließlich soll Anti-Dumping nicht einem neuen Protektionismus Vorschub leisten.

Im Weltagrar- und Dienstleistungshandel ist die Androhung einseitiger oder bilateraler Maßnahmen kein Weg, um die unbedingt erforderlichen multilateralen Regelungen zu finden. GATT-Generalsekretär A. Dunkel ist nachdrücklich darin zu unterstützen, daß auch die EG mehr Flexibilität und Kompromißbereitschaft zeigen muß.

Mit dem Mac Shamy-Vorschlag liegt auch im Agrarhandel ein verhandelbarer Vorschlag der EG auf dem Tisch.

(-/30.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Weltraum - Faszination ersetzt kein Konzept**

**Zu den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD zur Weltraumpolitik und den derzeitigen Weltraumprogrammen der Bundesregierung**

**Von Lothar Fischer MdB**

**Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung**

Die Antworten des Bundesforschungsministers Riesenhuber (Bt.Drs. 11/8419) auf eine Kleine Anfrage der SPD (Bt.Drs. 11/8093) zur Weltraumpolitik der Bundesregierung geben Anlaß zu großer Sorge. Ausgangspunkt für unsere Anfrage war und ist die von allen Seiten zunehmende Kritik an der bundesdeutschen Weltraumpolitik. Die europäischen Weltraumprojekte COLUMBUS, HERMES und ARIANE V stoßen nicht nur immer mehr an Finanzierungsgrenzen, auch ihr industrie- und forschungspolitischer Nutzen wird zurecht stark bezweifelt.

Die Weltraumpolitik der Bundesregierung im europäischen Rahmen, das heißt die Langfristplanung der europäischen Weltraumorganisation ESA mit den drei Großprojekten muß daher radikal in Frage gestellt werden. Bis Juni 1991 muß über die Zukunft des europäischen Raumgleiters HERMES und der Raumstation COLUMBUS entschieden werden, doch schon jetzt ist die Kritik an diesen beiden Projekten so groß, daß nur noch gerätselt wird, welches Land als erstes die Notbremse zieht und aussteigt.

Durch die weltraumpolitischen Veränderungen verlieren die europäischen Autonomiebestrebungen bei der bemannten Raumfahrt ihren Sinn. Das Ziel muß jetzt eine blockübergreifende Zusammenarbeit und Kostenteilung sein, von forschungs- und industriepolitischen unsinnigen Prestigeobjekten muß endlich Abstand genommen werden.

Die Weltraumlastigkeit des Forschungshaushalt '91 kann gerade vor dem Hintergrund der gewaltigen forschungspolitischen Aufgaben auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht hingenommen werden. Der Raumfahrt-Anteil am Budget des Bundesforschungsministers beläuft sich auf besorgniserregende 20 Prozent. Mehr als 27,9 Milliarden Mark sollen diese Weltraumabenteuer bis zum Jahr 2000 verschlingen, und die Belastungen werden nach den Voraussagen aller Fachleute noch zunehmen. Schon jetzt sollen die Raumfahrtprojekte in diesem Jahrzehnt zehn Milliarden Mark mehr kosten als bisher in der Finanzplanung vorgesehen. Da das dafür notwendige Geld fehlt, soll bei anderen Forschungsvorhaben der Rotstift angesetzt werden.

Die gesamte bisherige Programmatik und Finanzierung der bundesdeutschen Weltraumforschung stimmt schon seit langer Zeit nicht mehr, auch das Leitmodell zum Programm- und Budgetrahmen zur deutschen Weltraumpolitik 1990 bis 2000 wird sich sehr schnell als längst überholt erweisen.

Schon lange vor dieser Legislaturperiode haben wir Sozialdemokraten die Bundesregierung vor dieser Entwicklung gewarnt. Selbst Koalitionspolitiker sprechen jetzt vom "Ende der Fahnenstange" und von "schmerzlichen Entscheidungen, die nun getroffen werden müßten".

Im Rückblick auf die gesamte Legislaturperiode und bei Durchsicht der jetzt vorliegenden Antworten auf unsere 15 detaillierten Fragen zur Weltraumpolitik wird verständlich, warum wir bei unseren zahlreichen Anfragen nach einem Konzept keine Antwort erhielten. Die Bundesregierung hat keins! Anders lassen sich die unbefriedigenden, ausweichenden Antworten, die teilweise eine Zumutung darstellen, nicht auslegen. So wird zum Beispiel weder unsere Frage nach dem Bedarf am Raumgleiter HERMES beantwortet, noch ist die Erstellung des längst überfälligen 5. Weltraumprogramms überhaupt abzusehen. Im Gegenteil, die dafür verantwortliche Deutsche Raumfahrt Agentur, nach Einschätzung des CDU-Bundestagsabgeordneten Austermann eine chaotische Organisation, dürfte durch Mißmanagement und den Quasiboykott der meisten Ministerien kaum in der Lage sein, in absehbarer Zeit das Programm zu erstellen.

Man muß daher schon ein großer Interpretationskünstler sein, um aus der täglich neuen ministeriellen Schwärmerei und Faszination so etwas wie ein tragfähiges und vor allen Dingen bezahlbares Weltraumkonzept rauslesen zu können.

Aber Faszination ersetzt kein Programm!

Selbst die Amerikaner sind nach einer Reihe von schweren Rückschlägen zu einer Neuorientierung und zu einem Umdenken ihrer Raumfahrtprogramme bereit. Die ernüchternde Aussage eines amerikanischen Weltraumforschers, "Raketenstarts gleichen oft einer Tombola mit beträchtlichen Nietenanteil", läßt sich ohne Mühe auf viele Bereiche der Raumfahrt übertragen.

Mitglieder der renommierten American Physical Society verkündeten vor kurzer Zeit, daß aus wissenschaftlicher Sicht die bemannte Raumfahrt unnötig sei. Auch die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) kommt zum Ergebnis, daß die Physik keinerlei Legitimation für die bemannte Raumfahrt liefern kann. Selbst der Chef der DARA Professor Wild ließ verlauten, daß es auch ohne Astronauten geht und daß durch den Einsatz von Automatik und Robotik der kostengünstigere Weg eingeschlagen würde.

Doch Minister Riesenhuber hält unbeirrt weiter an seinen hochfliegenden und kostspieligen Plänen fest und diskreditiert nicht nur die gesamte Raumfahrt, sondern belastet auch in unerträglicher Weise wichtige Forschungsvorhaben.

Mit dieser Raumfahrtgigantomanie, in Fachkreisen spricht man längst von "Geldvernichtungsmaschinen im Weltall", muß endlich Schluß gemacht werden.

Wir Sozialdemokraten sind bereit, falls die Vorschläge und die Kritik der Weltraumexperten der Koalition wie zum Beispiel von Herrn Laermann und Herrn Rüttgers ernst gemeint sind, eine längst überfällige Neukonzeption der deutschen Weltraumpolitik mitzutragen und mitzugestalten; im Cockpit ist allerdings dann kein Platz mehr für Herrn Riesenhuber frei.

(-/30.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*



**Bauziel der Bundesregierung wird nicht erreicht**  
**Zur Entwicklung der Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau**

**Von Franz Müntefering MdB**  
**Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bauausschuß des Deutschen Bundestages**

Die Zahl der Wohnungen, die 1990 neu fertig werden, wird weder dem Bedarf noch den selbstgesteckten Zielen der Bundesregierung entsprechen. Das ist die Folge einer unsozialen und inkonsequenten Wohnungspolitik von CDU/CSU und FDP. Die Zinssteigerungen sind dabei ein besonders schwerwiegendes Problem. Sie machen sich vor allem im Bereich des selbstgenutzten Wohneigentumes in einer deutlichen Abschwächung des Neubaus bemerkbar.

Um den weiteren Anstieg der Wohnungsnot zu vermeiden, müßten in diesem Jahr in Deutschland für neu gegründete Haushalte, für Zuwanderer und als Ersatz für abgerissene, unbewohnbare, zusammengelegte oder zweckentfremdete Wohnungen mindestens 520.000 Wohnungen neu gebaut werden, in der alten Bundesrepublik circa 400.000. Die Bundesregierung hat für diese ein bescheidenes Ziel von 300.000 neuen Wohnungen für 1990 genannt. Nicht einmal diese Zahl wird erreicht werden. Nach unterschiedlichen Schätzungen wissenschaftlicher Institute und des Maklerverbandes VDM ist 1990 mit der Fertigstellung von nur 250.000 bis 270.000 Wohnungen zu rechnen. Dies ist nach den Minusjahren 1989 (238.000 Wohnungen) und 1988 (208.000 Wohnungen) eine viel zu geringe Steigerung.

In den sieben Jahren vor 1983 sind 2,6 Millionen Wohnungen gebaut worden. In den sieben darauffolgenden Jahren unter Kanzler Kohl gab es einen Rückgang um 25 Prozent auf knapp unter zwei Millionen neue Wohnungen. Es wird Jahre dauern, bis diese Versäumnisse aufgeholt sein werden.

In den neuen Bundesländern stellt sich die Situation noch schwieriger dar. Nach den bisher vorliegenden Zahlen ist damit zu rechnen, daß dort die Neubauzahlen 30 bis 40 Prozent niedriger als im Vorjahr sein werden. Obwohl ein großer Baubedarf besteht, müssen Bauunternehmen Arbeitskräfte entlassen, weil nicht gebaut wird.

Auch hier sind schwere politische Versäumnisse der Grund: Die Bundesregierung hat die strittigen Eigentumsfragen an Grund und Boden lange ungeklärt gelassen. Bis Ende 1990 gilt außerdem ein Grunderwerbssteuersatz von sieben statt zwei Prozent wie in den alten Bundesländern. Die Abschreibungsmöglichkeiten für den freifinanzierten Wohnungsbau gelten erst ab 1991. Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau wird es ebenfalls erst 1991 geben, wobei weiter unklar ist, wie hoch sie sein werden. Umfassende Programme für Instandsetzung und Modernisierung fehlen.

Fazit: Die Regierungskoalition hat 1990 zwar viel und öffentlich über ihre Wohnungspolitik gestritten, die Wohnungsnot ist indessen 1990 in Deutschland weiter angewachsen. Die SPD erneuert deshalb ihre Forderungen nach Verbesserung und Eigentumsförderung durch Umstellung auf Abzug von der Steuerschuld und ein höheres Baukindergeld, nach Gegenmaßnahmen zu den hohen Zinsen durch befristete Zinshilfen für private Bauherren in der Hochzinsphase und auf Aufstockung der Bundesfinanzhilfe für den sozialen Wohnungsbau auf 3,5 Milliarden DM pro Jahr zusätzlich zu den Rückflüssen aus alter Förderung in Höhe von einer Milliarde DM (1991 somit 4,5 Milliarden DM). Wir fordern eine für potentielle Bauherren und Städte verbindliche mittelfristige Perspektive. Erforderlich ist ein Mehrjahresprogramm als Planungs- und Finanzierungshorizont.

(-/30.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Ex-Geiseln: Wir lassen uns von Kohl nicht für den Wahlkampf mißbrauchen**

Als Reaktion auf die CDU-Wahlkampagne haben ehemalige Geiseln und Angehörige einen Offenen Brief an Bundeskanzler Kohl verfaßt. Der Brief vom 29. November hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Kohl,

Wir lassen uns nicht für Ihre Wahlkampfszwecke mißbrauchen!

Noch am 23. Oktober erklärten Sie im ZDF auf die Frage, was Sie von der Reise Willy Brandts in den Irak halten: "Nichts. Ich bin strikt dagegen."

Eine Woche später setzten Sie beim Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG in Rom die Aufforderung durch, "keine Vertreter ... in welcher Eigenschaft auch immer zu Verhandlungen im Irak über die Freilassung ausländischer Geiseln zu entsenden und anderen davon abzuraten".

Damit hatten Sie die Reise des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt in den Irak verzögert und unser Leid verlängert.

Wir protestieren gegen den Versuch Ihrer Partei, im Wahlkampf die erfolgreiche Mission von Willy Brandt nachträglich als eigenen Erfolg darzustellen. Sie haben

erstens: nichts für unsere Freilassung getan,

zweitens: die Initiative Willy Brandts für unsere Freilassung behindert.

Seien Sie doch ehrlich, Herr Kohl!

Im Namen zahlreicher ehemaliger Geiseln und Angehöriger:

gez.: Herbert und Patrizia Hundsdoerf / Ingo Freudenberg / Herta und Friedrich Freudenberg / Heidi Decker / Rosemarie und Alfred Brenk / Petra und Michael Busko / Hildegard und Theodor Taranowski / Bernd und Renate Krüger / Wolfgang und Gerda Gerhardt / Horst und Waltraut Rupprecht / Wera und Hans-Dieter Gilow / Ronald Gilow / Hilda und Franz Winkler / Siegfried und Marlene Lorenz / Günter und Gertrud Greif / Gunter Greif / Gabriele und Dietmar Tilgner / Eugen Martin / Waltraut und Jürgen Drewitzki / Hans und Hildegard Stawartz / Peter und Anita Bempel / Richard und Rosa Seeberger / Familie Seez / Florian und Lieselotte Zeidler / Elke und Carlo Kiermund / Martin, Ilona und Nouha Ritschel / Dr. Rainer Herrmann / Ursula und Willy Wühlbeck / Milada und Helmuth Kranz / Melitta Winkler / Ingrid und Klaus Rab / Hubert Frank / Jürgen Schaum / Thilo Schöller / Mathias Becker / Rainer Hartmann / Alfred und Rosemarie Brenk / Isolde Wächter / Dieter Deyerling / Christel Osthoff / und viele andere, die mit Rücksicht auf ihre Betriebszugehörigkeit zu ihren (zivilen) Firmen anonym bleiben müssen.

(-/30.11.1990/rs/ks)

\*\*\*\*\*